

Wohnen muss *Wiesbadener Aufruf* sein!

bezahlbar



*Den Mangel
an bezahlbarem
Wohnraum
in Wiesbaden
endlich wirksam
bekämpfen!*



In Wiesbaden herrscht ein enormer Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Der Stadt liegen derzeit über 3.000 Wohnungsgesuche vor. Die meisten Gesuche stammen nicht von Alleinstehenden, sondern von Familien. Deshalb muss von mindestens 7.000 Menschen ausgegangen werden, die in Wiesbaden eine erschwingliche Bleibe suchen. Diese schlechte Lage droht sich weiter zu verschlimmern, weil mit einem Zuzug von rund 200.000 Menschen bis zum Jahr 2030 in das wirtschaftsstarke Rhein-Main-Gebiet zu rechnen ist.

Großer Bedarf besteht vor allem bei gefördertem Wohnraum mit niedrigen Mieten, denn der aktuelle durchschnittliche Mietpreis in Höhe von 9,60 € pro Quadratmeter verschlingt bei Geringverdienern bis zu 50% ihres Einkommens.

Die Verantwortung für den Mangel an Wohnraum, den sich auch Menschen mit mittlerem oder geringerem Einkommen leisten können, trifft vor allem die Stadt selbst. Schließlich hat sie den Bestand von 28.000 Sozialwohnungen zu Beginn der 1990er-Jahre auf ca. 9.000 im Jahr 2014 herunter gewirtschaftet.

Faktisch führen steigende Mieten zu einer Verdrängung von einkommensschwächeren Mietern aus innerstädtischen Wohngebieten und zunehmend aus der Stadt selbst.

Es wird Zeit, dass hier umgesteuert wird.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bürgerinitiative »Gemeinwohl hat Vorfahrt« setzen sich für mehr bezahlbaren Wohnraum in Wiesbaden ein.

Wir fordern

- keine Mieterhöhungen der städtischen Wohnbauunternehmen. Die von der GWW kürzlich vorgenommene Mieterhöhung von rund 10% muss zurückgenommen werden.
- den städtischen Wohnbau deutlich zu steigern, statt private Investoren zu begünstigen, die vielfach auf hochpreisigen Wohnbau setzen.
- bei Neubauvorhaben ab einer bestimmten Größe sicher zu stellen, dass mindestens 30% geförderte und mietpreisgebundene Wohnungen entstehen statt der bisherigen mageren 15%. Diese Mietpreisbindung muss langfristig wirksam sein und darf nicht bereits nach wenigen Jahren auslaufen.

Dies soll nicht möglich sein? Falsch! All diese Punkte werden z.B. in Frankfurt aktuell umgesetzt. Das städtische Wohnbauunternehmen ABG wird in Frankfurt zukünftig 40% sozial geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung bei Neubauten vornehmen. Die Mieten dürfen von der ABG zukünftig um maximal 1% pro Jahr erhöht werden.

Damit dies auch in Wiesbaden möglich wird, muss politischer Druck aufgebaut werden. Derzeit bestehen gute Chancen, die Quote von 30% gefördertem Wohnraum mit Sozialbindung umzusetzen. Einige der im Stadtparlament vertretenen Parteien sprechen sich bereits dafür aus.

Keine Alternative

Keine Alternative – auch in dieser Frage – stellen die selbsternannten »Vertreter des Volkes« dar. Der Landessprecher der AfD, Peter Münch, hat sich gegen eine Quote von Sozialwohnungen ausgesprochen. Stattdessen will man den Mietwohnungsbau ganz dem ungezügelter Spiel der Marktkräfte ausliefern, bei dem die Schwächeren stets den Kürzeren ziehen.

Was können Sie tun?

- Unterstützen Sie unsere Aktivitäten für bezahlbaren Wohnraum, in dem Sie den angehängten Aufruf unterzeichnen und uns zusenden.
- Nehmen Sie Kontakt mit uns auf sobald Sie von Mietpreiserhöhungen in städtischen Wohnbauunternehmen hören.
- Schreiben Sie die Verantwortlichen der Stadt an und fordern Sie die Umsetzung von 30% geförderten und mietpreisgebundenen Wohnungen.

Wenn Sie Interesse an unserer Kampagne oder Fragen haben, melden Sie sich unter:
– wiesbaden@dgb.de.

Weitere Information zum Thema

- »Bezahlbarer Wohnraum in Wiesbaden« finden Sie unter
- www.gemeinwohlhatvorfahrt.de und
 - www.dgb-wiesbaden.de.



V.i.S.d.P.: DGB Wiesbaden
Bahnhofstraße 61, 65185 Wiesbaden, Fax (06 11) 40 01 71



Wiesbadener Aufruf

Wohnen muss bezahlbar sein!

In Wiesbaden sind bezahlbare Wohnungen auch für Normalverdiener knapp. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studierende und Auszubildende finden in unserer Stadt kaum noch bezahlbare Wohnungen.

Zusätzlich steigen Nebenkosten – insbesondere Heizung und Strom. Dadurch droht die Gefahr, dass immer mehr Menschen wegen zu hoher Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Die aktuelle Mietpreisentwicklung muss gestoppt werden!

Daher fordern wir:

Echte Mietpreisbremse

Bestehende Mieten müssen begrenzt werden, das gilt auch bei Neuvermietungen.

Mieten sollten nicht mehr als ein Drittel des Nettogehaltes betragen. Die öffentlich geführten Wohnungsunternehmen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Mieten nicht oder nur um einen symbolischen Beitrag erhöhen.

Bezahlbare Mieten

Städtische Wohnungsbaugesellschaften haben soziale Verantwortung.

Wohnungsbauunternehmen in öffentlicher Hand müssen mehr Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen.

Keine Mieterverdrängung

Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.

Sanierungen dürfen nicht zu Mietererhöhungen führen, Wohnungsbaugesellschaften müssen sicherstellen, dass Ersatzwohnungen für die Mieter zu gleichen Mietbedingungen und in der Nähe zur Verfügung gestellt werden, um das gewachsene soziale Netz zu erhalten.

Sozialer Wohnungsbau

Bei Neubauprojekten muss es einen höheren Anteil an geförderten Wohnungen geben.

Es darf keine Ausnahmen zu der Regel geben, dass auch private Neubauprojekte mindestens 15 % sozialen Wohnraum haben. Darüber hinaus sollte sich die Landeshauptstadt Wiesbaden an anderen Großstädten orientieren und die Quote auf 30 % erhöhen.

Den wohnungspolitischen Zielen des DGB und der BI stimme ich zu:

Name	Anschrift	Unterschrift
Name	Anschrift	Unterschrift
Name	Anschrift	Unterschrift
Name	Anschrift	Unterschrift

Bitte senden an:

DGB Wiesbaden, Bahnhofstraße 61, 65185 Wiesbaden, Fax (06 11) 40 01 71, wiesbaden@dgb.de